OSTERMARSCH 2010

50 Jahre gegen Atomwaffen und Kriege - die Friedensbewegung demonstriert weiter!

Atomwaffen abschaffen!
Bundeswehr raus aus Afghanistan!
Frieden für Palästina und Israel!
Europa ohne Militärverfassung und NATO in einer gerechten und sozialen Weltordnung!

Fahrraddemonstration am Ostersamstag, 3. April, durch die Braunschweiger Innenstadt

BEGINN:
11.00 Uhr Kohlmarkt
START DEMO:
11.30 Uhr Kohlmarkt

KUNDGEBUNG:
12.30 Uhr Kohlmarkt

REDNER/INNEN:
Albrecht Fay, Pastor i. R.
Marion Krüger, Teilnehmerin am Gaza-Freiheitsmarsch

AKTUELLE VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG:

Rüstungsgeschäfte: Deutsche Waffen in Krisengebieten
Veranstaltung mit Jürgen Grässlin
Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsgegner (DFG/VK)
7. April 2010, 19 Uhr, Volkshochschule Braunschweig, Alte Waage 15

Braunschweiger Bündnis für den Frieden, c/o Friedenszentrum, Goslarsche Str. 93, 38118 BS
V.i.S.d.P.: Hans-Georg Hartwig, 19.03.2010, www.friedensbuendnis-bs.de

50 Jahre Ostermarsch gegen Atomwaffen und Kriege, für Frieden, Abrüstung und eine lebenswerte Zukunft!

Vor 50 Jahren fand in Deutschland zum ersten Mal ein Ostermarsch statt. Damals marschierten Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer aus den vier norddeutschen Städten Hamburg, Bremen. Hannover und Braunschweig über Ostern in einem Sternmarsch nach Bergen-Hohne, wo die US-Army Träger für Atomwaffen erprobte.

Atomwaffen abschaffen!

Obwohl in diesen 50 Jahren Millionen Menschen zu Ostern auf die Straße gegangen sind und für Frieden, gegen Rüstung und Krieg, für Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze demonstriert haben, sind Abschaffung und Ächtung der Atomwaffen auch heute noch zentrale Themen. Die alten Atommächte verfügen noch immer über ausreichend Nuklearwaffen, um das Leben auf der Erde (mehrfach!) auszulöschen. Neue Atomstaaten sind dazugekommen.
Atomwaffen müssen geächtet werden und von unserer Erde verschwinden. Die Hoffnung auf eine Welt ohne Atomwaffen ist nach der Prager Rede des US-Präsidenten Obama vom 5.April 2009 beachtlich gestiegen. Im Mai dieses Jahres findet in New York die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt. **Gemeinsam mit der weltweiten Friedensbewegung rufen wir die Konferenz-Staaten auf: Nutzt diese Chance, unternehmt endlich konkrete Schritte zum Abbau der Atombewaffnung!** Deutschland muss seinen Teil dazu beitragen und von den USA den Abzug ihrer Atombomben fordern, die noch im Ort Büchel in der Eifel lagern.

Afghanistankrieg beenden!

Der Krieg in Afghanistan fordert immer mehr Opfer, die Wirtschaft des Landes liegt danieder, die Bevölkerung verarmt weiter. Statt einen Friedensprozess herbeizuführen, entsendet die NATO noch mehr Soldatinnen und Soldaten! Die Bundeswehr führt in Afghanistan einen Angriffskrieg, der nach dem Grundgesetz verboten ist. Die Menschen verachtende militärische Logik ist mit dem Bombenangriff von Kundus deutlich geworden. Dieses militärische Vorgehen ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Obwohl zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland gegen den Krieg in Afghanistan sind, hat eine große Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages mehrfach den Kriegseinsätzen in Afghanistan zugestimmt. **Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Bundeswehrsoldaten in einem grundgesetzwidrigen Krieg ihr Leben lassen müssen oder gezwungen werden, Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu begehen!** Mit militärischen Mitteln ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu lösen. Wir fordern den Abzug der Bundeswehr und aller fremden Truppen aus Afghanistan, Verhandlungen mit den Konfliktparteien und konkrete Aufbauhilfen.

Frieden für Palästina und Israel!

Frieden in Nahost ist nur möglich, wenn alle Konfliktparteien in Friedensverhandlungen auf gleicher Augenhöhe eingebunden werden mit dem Ziel, Israel und Palästina als gleichberechtigte Staaten zu etablieren. Das setzt voraus, dass alle Beteiligten auf militärische Bedrohungen verzichten und die Einhaltung der Menschenrechte garantieren. Außerdem muss Israel endlich die Blockade von Gaza sowie die Besetzung der Westbank beenden und die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten stoppen.

Braunschweiger Bündnis für den Frieden, c/o Friedenszentrum, Goslarsche Str. 93, 38118 BS
V.i.S.d.P.: Hans-Georg Hartwig, 19.03.2010, www.friedensbuendnis-bs.de